

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und
Vergabeausschusses

am Donnerstag, dem 08.02.2018

im im Neuen Rathaus, Raum 2.5/2.6

Beginn: 17:32 Uhr

Ende: 19:32 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Helga Bühse
Frau Franka Dannheiser
Herr Andreas Kluckhuhn (Vorsitzender)
Herr Jan Hinrich Köster
Herr Reinhard Ruge
Herr Karsten Schröder

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Uwe Holtz
Herr Hans Werner Pundt
Herr Geoffrey Frederic Warlies
Herr Dakun Wu

Außerdem anwesend

1 Vertreter der Stadtteilbeiräte
2 Vertreter der Presse
3 Zuhörer

Von der Verwaltung

Herr Roland Clausen
Herr Bernd Heilmann
Herr Berthold Heitker
Herr Thorsten Kubiak
Herr Ingo Kühl
Herr Andreas Pries
Herr Ralf-Josef Schnittker
Frau Ines Tamschick (Protokoll)

Entschuldigt:

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Volker Matthiensen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 16.11.2017
4. Information über die am 16.11.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
5. Einwohnerfragestunde
6. Anträge und Anfragen
- 6.1. Anregung/Antrag des Stadtteilbeirates Einfeld und der SPD Rathausfraktion zu dem Thema Vandalismus im Bereich öffentlicher WCs/Bericht über öffentliche WCs in Neumünster
- 6.2. Straßenausbaubeiträge Amtmannstraße
7. Vorstellung des Grundstückmarktberichts durch Herrn Clausen
8. Teilneubau Kita Einfeld
Vorlage: 1125/2013/DS
9. Erweiterung der Freiwillige Feuerwehr Einfeld - Baubeschluss
Vorlage: 1135/2013/DS
10. Rudolf-Tonner-Schule
Sanierung und Erweiterung zur offenen Ganztagschule
Vorlage: 1136/2013/DS
11. Neubau der Brücke Schleusaubrücke / Schleusau
Vorlage: 1157/2013/DS
12. Fortschreibung der Zuständigkeitsordnung
Vorlage: 1162/2013/DS
13. Dringliche Vorlagen
14. Mitteilungen
- 14.1 Klärwerkserweiterung (mündlicher Bericht von Herrn Kühl)
- 14.2 Änderungen der Rahmenbedingungen der Klärschlammverwertung
Vorlage: 0524/2013/MV
- 14.3 Mitteilungen zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 und zur Planung von förderfähigen Investitionsmaßnahmen

- 14.4 Prüfauftrag, Straßenausbaubeiträge anteilig trotz bestandskräftiger Bescheide zu er-
statten
Vorlage: 0509/2013/MV
- 14.5 Wilhelm-Tanck-Schule - Erweiterung
Antrag Ratsversammlung vom 26.09.2017
Vorlage: 0512/2013/MV
- 14.6 Beschlusskontrolle -öffentlich-
Vorlage: 0511/2013/MV

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Herr Kluckhuhn als Vorsitzender des Bau- und Vergabeausschusses begrüßt die Teilnehmenden dieser Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Genehmigung der Tagesordnung
-----	------------------------------

Der Vorsitzende schlägt vor, einen neuen Tagesordnungspunkt „Klärwerkserweiterung“ auf die Tagesordnung zu setzen und unter TOP neu 14.1 zu behandeln, der Tagesordnungspunkt Änderungen der Rahmenbedingungen der Klärschlammverwertung wird im Anschluss behandelt. Weiterhin vorgeschlagen wird als neuer TOP „Mitteilungen zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 und zur Planung von förderfähigen Investitionsmaßnahmen“ und diesen unter TOP neu 14.3 zu behandeln. Die übrigen Mitteilungspunkte verschieben sich entsprechend.

Herr Kubiak erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 9 mit einer neuen Vorlage auf die Sitzung im März vertagt wird.

Die wie vorgeschlagen geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen, wobei die Punkte ab dem Tagesordnungspunkt 15 unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und entschieden werden sollen.

3 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 16.11.2017
-----	---

Einwände gegen die Niederschrift vom 17.11.2017 werden nicht vorgebracht.

4 .	Information über die am 16.11.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Der Ausschussvorsitzende informiert darüber, dass in dem unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Teil der Sitzung am 16.11.2017 keine Beschlüsse gefasst wurden.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

6.1 .	Anregung/Antrag des Stadtteilbeirates Einfeld und der SPD Rathausfraktion zu dem Thema Vandalismus im Bereich öffentlicher WCs/Bericht über öffentliche WCs in Neumünster
-------	---

Die Tischvorlage mit den Antworten der Verwaltung zu den Fragen des Vorsitzenden, die in der Sitzung am 16.11.2017 an die Ausschussmitglieder verteilt wurden, wird zur Kenntnis genommen.

Die SPD-Rathausfraktion stellt den folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob und zu welchen Bedingungen die städtischen Toilettenanlagen am Einfeld See zukünftig während ihrer allgemeinen Öffnungszeiten im Sommerhalbjahr täglich abends verschlossen werden können (zwecks eines Schutzes gegen Vandalismusschäden).

Falls die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen oder bereits für 2018 zur Verfügung gestellt werden können, soll eine Verschließung der Toilettenanlagen noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Andernfalls sind die erforderlichen Mittel im Haushalt 2019/20 anzusetzen und die Maßnahme ist im Jahr 2019 umzusetzen. Darüber ist im BVA zu berichten.

In jedem Fall soll nach Ablauf von 3 Jahren über die gemachten Erfahrungen mit dem abendlichen Verschluss der Toilettenanlagen (Kosten für die Verschließung, für Unterhaltung und Reparaturen; Wirkung im Hinblick auf Vandalismusschäden) dem BVA berichtet werden.

Frau Bühse stellt den folgenden Änderungsantrag:

Im letzten Satz soll „3 Jahre“ auf 1 Jahr mit dem Zusatz ab Beginn der Maßnahme geändert werden.

Diesem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Sodann ergeht einstimmig der folgende Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob und zu welchen Bedingungen die städtischen Toilettenanlagen am Einfeld See zukünftig während ihrer allgemeinen Öffnungszeiten im Sommerhalbjahr täglich abends verschlossen werden können (zwecks eines Schutzes gegen Vandalismusschäden).

Falls die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen oder bereits für 2018 zur Verfügung gestellt werden können, soll eine Verschließung der Toilettenanlagen noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Andernfalls sind die erforderlichen Mittel im Haushalt 2019/20 anzusetzen und die Maßnahme ist im Jahr 2019 umzusetzen. Darüber ist im BVA zu berichten.

In jedem Fall soll nach Ablauf von 1 Jahr ab Beginn der Maßnahme über die gemachten Erfahrungen mit dem abendlichen Verschluss der Toilettenanlagen (Kosten für die Verschließung, für Unterhaltung und Reparaturen; Wirkung im Hinblick auf Vandalismusschäden) dem BVA berichtet werden.

6.2 .	Straßenausbaubeiträge Amtmannstraße
-------	-------------------------------------

Herr Kubiak beantwortet mündlich die Anfrage von Herrn Holtz, ob der im Rechtsstreit bezüglich der Straßenausbaubeiträge in der Amtmannstraße getroffene Vergleich auch für die nicht an der Klage beteiligten Anwohner angewendet werden kann.

Der Ausschuss nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Kubiak zur Kenntnis und bittet um eine schriftliche Ausführung im Protokoll, damit die Ausschussmitglieder auf die Antwort in der nächsten Sitzung eingehen können. Daher wird dieser Tagesordnungspunkt in der März Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Die vollständige Beantwortung lautet wie folgt:

„Mit Beitragsbescheiden vom 11.01.2016 wurden die Anlieger des Straßenzuges Amtmannstraße / Emil-Köster-Straße für die Erneuerung der Fahrbahndecke zu Straßenbaubeiträgen herangezogen. Die dagegen eingelegten Widersprüche wurden in den folgenden Monaten zurückgewiesen. Daraufhin wurde von zwei Widerspruchsführern Klage vor dem Verwaltungsgericht eingereicht, die Beitragsbescheide der übrigen Widerspruchsführer, die keine Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben haben, wurden genauso bestandskräftig wie zuvor schon die Beitragsbescheide derjenigen, die keinen Widerspruch eingelegt hatten.

Vor dem Verwaltungsgericht Schleswig wurden mit den Klägern Vergleiche abgeschlossen, die eine Teilrückzahlung der Beiträge beinhalteten. Wer geklagt hat, bekommt somit aufgrund der Vergleiche eine entsprechende Erstattung. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Kläger ein Kostenrisiko zu tragen haben.

Es gibt keine Rechtsgrundlage für eine nachträgliche Übertragung von Rechtsprechung oder gerichtlichen Vergleichen auf Fälle, die aufgrund bestandskräftiger Bescheide bereits abgeschlossen sind. Es besteht die generelle Handlungsweise der Verwaltung in den verschiedensten Bereichen, gerichtliche Entscheidungen oder Vergleiche nicht rückwirkend auf bereits abgeschlossene Verfahren zu übertragen. Dies ist eine grundsätzliche Basis des Verwaltungshandelns in Deutschland. Jede andere Entscheidung würde dieser klaren und einheitlichen Handlungsvorgabe widersprechen und in einer unüberschaubaren Anzahl von längst abgeschlossenen Fällen aus sämtlichen Bereichen der Verwaltung den Wunsch nach einer entsprechenden Verfahrensweise hervorrufen.

Daher kommt eine entsprechende Rückzahlung an diejenigen, deren Verfahren bestandskräftig abgeschlossen waren und die folglich keinen Rückzahlungsanspruch haben, nicht in Betracht.

Es wird insofern auch auf die Mitteilungsvorlage Nr. 0509/2013/MV für die Ratsversammlung am 13.02.2018 verwiesen.“

Herr Holtz und andere Ausschussmitglieder haben noch die folgenden Nachfragen, die in der Märzsession beantwortet werden sollen:

1. Welche Überlegungen lagen dem damaligen Vergleich zugrunde?
2. Um welche Beträge handelt es sich bei der Vergleichsregelung?
3. Es sollen Ausführungen darüber erfolgen, warum diese Fragen, wie von Herrn Kubiak erklärt, nicht in einer öffentlichen Sitzung behandelt werden können.

Der Ausschuss beschließt einstimmig wie vorgeschlagen (erneute Vorlage) zu verfahren.

7 .	Vorstellung des Grundstückmarktberichts durch Herrn Clausen
-----	---

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen von Herr Clausen, Leiter der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte und des Umlegungsausschusses, über seine Tätigkeit und dem Grundstückmarktbericht 2016 zur Kenntnis.

Seitens der Ausschussmitglieder wird kritisiert, dass in der Einladung kein Verweis auf die bereits behandelte schriftliche Vorlage enthalten war. Ein solcher Hinweis soll zukünftig eingefügt werden.

8 .	Teilneubau Kita Einfeld Vorlage: 1125/2013/DS
-----	--

Der Ausschuss beantragt, dass zukünftig den Ausschussmitgliedern farbige Pläne zur Verfügung gestellt werden, wenn es sich um Bau- und Planungsbeschlüsse handelt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die anliegende Planung für den Teilneubau der Kita Einfeld umzusetzen.

Eng. Entsch. Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

9 .	Erweiterung der Freiwillige Feuerwehr Einfeld - Baubeschluss Vorlage: 1135/2013/DS
-----	---

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die Märzsession verlagert.

10 .	Rudolf-Tonner-Schule Sanierung und Erweiterung zur offenen Ganztagschule Vorlage: 1136/2013/DS
------	--

Herr Kluckhuhn teilt den geänderten Beschluss des SKSA zu diesem TOP vom 01.02.2018 mit.

Herr Schröder bittet darum, dass Auszüge aus den Niederschriften von anderen Ausschüssen, die vorher getagt haben und zu dem fraglichen TOP Beschlüsse gefasst haben, allen Mitgliedern des BVA übersandt werden oder zumindest als Tischvorlage für alle Ausschussmitglieder vorliegen.

Es liegt eine Tisch-Mitteilungsvorlage der Verwaltung vom 08.02.2018 betreffend „mögliche Maßnahmen zur Förderung nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes II“ vor. Die Vorlage nimmt Bezug auf den zu Ziffer 2 ergänzten Antrag des SKSA vom 01.02.2018 betreffend eine Maßnahmenliste zur Anmeldung nach dem KInvFördG.

Der BVA nimmt die vorgelegte Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Es gibt ein Schreiben der Schule vom 06.02.2018 an den Vorsitzenden des SKSA, mit dem die Schule u.a. Anregungen zur weiteren Planungsdetails vorbringt und darum bittet, in die weitere Planung eingebunden zu werden.

Frau Bühse stellt mit Hinweis auf dies Schreiben der Schule den folgenden Ergänzungsantrag: Nr. 1 erhält den folgenden Zusatz: Dabei sollen die Anregungen der Schule geprüft werden.

Diesem Ergänzungsantrag von Frau Bühse wird einstimmig zugestimmt.

Sodann ergeht der folgende geänderte

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Planung für die Sanierung und Erweiterung der Rudolf-Tonner-Schule zur offenen Ganztagschule fortzusetzen (Planungsbeschluss). Dabei sollen die Anregungen der Schule geprüft werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz 2 anzumelden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Baumaßnahme zum Haushalt 2019/2020 anzumelden.

Eng. Entsch. Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

11 .	Neubau der Brücke Schleusaubrücke / Schleusau Vorlage: 1157/2013/DS
------	--

Beschluss:

Der Bau- und Vergabeausschuss beauftragt die Verwaltung nachfolgende Planungen einzuleiten:

Neubau der Brücke Schleusaubrücke / Schleusau
- Lage der Brücke siehe Anlage

Eng. Entsch. Stelle: Bau- und Vergabeausschuss

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

12 .	Fortschreibung der Zuständigkeitsordnung Vorlage: 1162/2013/DS
------	---

Beschluss:

Die anliegende Zuständigkeitsordnung wird beschlossen.

Eng. Entsch. Stelle: Ratsversammlung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

13 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

14 .	Mitteilungen
------	--------------

14.1 .	Klärwerkserweiterung (mündlicher Bericht von Herrn Kühl)
--------	--

Herr Kühl berichtet, dass im Gewerbegebiet II eine Käserei errichtet wird. Dadurch wird dem Klärwerk erheblich mehr Abwasser zugeleitet. Deswegen ist die Errichtung einer Filtration notwendig. Das Klärwerk wird mit der Filtration die Mehrmenge abarbeiten können; die Grenzwerte werden durch die Mehrmenge nicht überschritten. Problematisch ist jedoch die Einleitung des gereinigten Abwassers in die Stör. Denn dadurch kann sich die Wasserqualität in der Stör verschlechtern, jedenfalls im Fall von weiteren zusätzlichen Mengen von gereinigtem Abwasser.

Die Käserei soll Anfang 2019 ihren Betrieb aufnehmen. Bis dahin muss die Filtration errichtet und in Betrieb sein.

Herr Kühl wird für die nächste Sitzung des Ausschusses eine Planungs-Vorlage betreffend die geplanten Baumaßnahmen vorstellen. Die Angelegenheit wird deswegen auf die Tagesordnung der Märzsession gesetzt.

14.2 .	Änderungen der Rahmenbedingungen der Klärschlammverwertung Vorlage: 0524/2013/MV
--------	---

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Herr Kühl bittet zu überlegen, ob die Stadt Neumünster als Oberzentrum auch einen Service betreffend die Verwertung von Klärschlamm für die umliegenden Gemeinden anbieten soll.

14.3 .	Mitteilungen zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 und zur Planung von förderfähigen Investitionsmaßnahmen
--------	---

Der Ausschuss nimmt die verteilte Tischvorlage zur Kenntnis (Anlage zum Protokoll).

14.4 .	Prüfauftrag, Straßenausbaubeiträge anteilig trotz bestandskräftiger Bescheide zu erstatten Vorlage: 0509/2013/MV
--------	---

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

14.5 .	Wilhelm-Tanck-Schule - Erweiterung Antrag Ratsversammlung vom 26.09.2017 Vorlage: 0512/2013/MV
--------	--

Herr Kluckhuhn teilt den geänderten Beschluss des SKSA hierzu mit.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

14.6 .	Beschlusskontrolle -öffentlich- Vorlage: 0511/2013/MV
--------	--

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Auf Anfrage von Frau Bühse wird mitgeteilt, dass der Punkt Nr. 1 „Straßenkataster“ in der Junisitzung behandelt wird.

Frau Dannheiser bittet um eine Mitteilungsvorlage für den BVA zu Punkt Nr. 5 „Knotenpunkt Boostedter Straße/Leinenstraße/Hartwigswalder Straße“, diese Angelegenheit wurde bereits in der Sitzung des PUA behandelt.

gez. Andreas Kluckhuhn
(Ausschussvorsitzender)

gez. Ines Tamschick
(Protokollführerin)